

im Landkreis Böblingen

Freie Wähler im Landkreis Böblingen e.V. • Kreistagsfraktion Thomas Sprißler • Marktplatz 5 • 71083 Herrenberg Vorsitzender Kreistagsfraktion

Thomas Sprißler Marktplatz 5 71083 Herrenberg Tel.: 07032/ 924-222

Fax: 07032/ 924-365 E-Mail: ob@herrenberg.de www.freiewaehler.de

22.11.2021

Stellungnahme der Freien Wähler zum Haushalt 2022/Haushaltsrede Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landratsamtes, liebe Kolleginnen und Kollegen Kreisräte, Vertreterinnen und Vertreter der Presse,

eigentlich hatte ich bis vor ein paar Wochen noch gehofft, dass ich die diesjährige Haushaltsrede nicht mit dem Thema Corona beginnen muss. Die Zahlen waren vergleichsweise niedrig, die Stimmung verhalten optimistisch und die Regelungen mit den verschiedenen Stufen in der Corona-Verordnung klar und logisch benannt. Doch wie haben auch Sie Herr Landrat in Ihrer Haushaltsrede gesagt "Erstens kommt es anders. Und zweitens als man denkt." Seit vergangenen Mittwoch gilt die Alarmstufe in Baden-Württemberg, wir sind mitten in der vierten Welle, die Intensivbetten werden knapp und unser Klinikpersonal ist (mal wieder) am Anschlag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist daher eine Botschaft ganz zu Beginn am allerwichtigsten: Das, was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Kliniken tagtäglich leisten, aber auch in vielen anderen Bereichen, verdient unseren größten Respekt und hierfür möchte ich allen Beschäftigten ein Riesenlob und einen Riesendank aussprechen!

Hochwertige Gesundheitsversorgung im Landkreis

Damit unsere Beschäftigten, aber insbesondere auch unsere Bürgerinnen und Bürger in den Kliniken die entsprechenden Voraussetzungen für eine **bestmögliche Behandlung** bekommen, investieren wir in den kommenden Jahren mit 790 Millionen Euro unheimlich viel Geld in die verschiedenen Standorte. **Geld, das in Anbetracht dieser wichtigen Aufgabe allerdings sehr gut angelegt ist.** Unsere Investitionsoffensive läuft, beim Flugfeldklinikum hat der Bau begonnen und die Krankenhäuser Leonberg und Herrenberg befinden sich hinsichtlich der Sanierung und der Modernisierung **auf gutem Weg**. Ein großes Problem ist und bleibt jedoch weiterhin der Fachkräftemangel.

Die derzeitige Struktur mit einer großen Verantwortung der ärztlichen Direktoren halten wir für **richtig,** die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung für **sehr gut.** Die sektorale, standortübergreifende Zusammenarbeit ist existentiell wichtig! **Nur so** schaffen wir es, neben der Zusammenführung von Böblingen und Sindelfingen ins Flugfeldklinikum, das strukturelle Defizit in den kommenden Jahren deutlich zu senken! Wir hoffen daher, dass der **wichtige Schritt der geplanten Fusion** zeitnah zum Erfolg geführt werden kann und die neuen Strukturen den Verbund damit als Ganzes stärken.

Digitalisierung

Die Digitalisierung ist für unsere Wirtschaft und viele andere Bereiche eine wichtige Aufgabe. Die erhöhte Unterstützung für das Herman Hollerith Zentrum finden wir daher richtig. Die Zahl der Studierenden und die hohe Nachfrage belegen die Notwendigkeit und unterstreichen die Richtigkeit und den damaligen Mut, dieses zu initiieren. Unsere klare Forderung ist aber auch, dass das Zentrum, wie jede andere Hochschule auch, mittelfristig vom Land getragen sein sollte. Wir unterstützen das Zentrum für Digitalisierung, damit es unsere kleinen und mittleren Unternehmen bestmöglich dabei begleitet, die digitale Transformation zu gestalten. Die neuen Bewegungen am Markt im Bereich des Glasfaserausbaus begrüßen wir grundsätzlich. Wir appellieren jedoch an alle Beteiligten: Sinnvolles, nicht zuletzt volkswirtschaftlich kluges Handeln sollte die Maxime sein, nicht einseitige unternehmerische Fokussierung. Was spricht dagegen, notwendige Infrastruktur nur einmal zu verlegen und dann Synergien bei der Nutzung zu erzielen, statt sich gegenseitig zu überbieten, zu unterbieten oder gar zu behindern, mit der fatalen Folge, dass Glasfaser wieder nicht zeitnah flächendeckend zur Verfügung steht!

Mobilität und ÖPNV

Der jährliche Nettoressourcenbedarf im Teilhaushalt ÖPNV ist von rund 22 Millionen Euro in 2017 auf rund 41 Millionen Euro in 2022 angestiegen. Also nahezu **doppelt so viel** in nur 5 Jahren. Das muss über die Kreisumlage von den Städten und Gemeinden finanziert werden. Wir stehen dazu, weil sich die Freien Wähler für eine **klimafreundliche, nachhaltige, zuverlässige, attraktive und bezahlbare Mobilität** einsetzen. Die beschlossenen Verbesserungen **wirken, aber sie kosten** halt auch. Stichworte: Betriebskosten- und Vermögensumlage VRS + 2,1 Mio. €, reduzierter Eltern-Eigenanteil beim Scool-Abo + 600.000 €, das neue Seniorenticket + 160.000 €. Dies ist jährlich zu finanzieren und weitere Verbesserungen und zusätzliche Kosten werden im Zuge der weiteren S-Bahn-Taktverdichtungen und der Express-

S-Bahn folgen. Die mit dem neuen Nahverkehrsplan ab dem Fahrplanwechsel 12/2023 beschlossenen Verbesserungen kosten + 1,5 Mio. € und das Jahr für Jahr.

Der **Mobilitätspass** ist eine schöne Wortschöpfung, im Grunde vor allem eine neue Abgabe, je nach Modell für alle oder viele Bürgerinnen und Bürger. Zur Finanzierung des neuen Mobilitätspasses plant das Land eine neue Abgabe einzuführen. Ob es dabei sinnvoll ist, insbesondere in einem Verdichtungsraum wie der Region Stuttgart, die Erhebung dann unterschiedlichen Trägern zu übertragen, ist sicher **noch nicht abschließend beantwortet.** Unabhängig davon ist – wie auch bei vergleichbaren, kostenträchtigen Projekten und Maßnahmen eine **frühzeitige Einbindung** der Gremien der Kreise und der Kommunen. **Ein partnerschaftlicher Umgang gebietet dies.**

Corona hat auch den ÖPNV massiv beeinträchtigt, die Fahrgastzahlen waren dramatisch eingebrochen. Mit großer Kraftanstrengung aller Beteiligten konnte das Angebot gesichert werden und es sind Rettungsschirme aufgespannt worden. Auch 2022 sind vorrangig Bund und Land und nicht der Landkreis gefordert, den Rettungsschirm für den ÖPNV soweit notwendig nicht zuzuklappen, sondern weiter aufzuspannen. Im HH-Plan 2022 sind vorsorglich 3,38 Mio. € eingeplant. Das können wir mittragen, aber, notwendig ist dazu eine Initiative der Landkreisverwaltung im Schulterschluss mit allen anderen.

Langfristig denken ist gerade auch in Corona-Zeiten richtig: Die Untersuchungen für den **Ausbau von Schienenverbindungen** laufen. Gespannt sind wir auf erste Ergebnisse, die 2022 vorliegen sollen.

Die Städte und Gemeinden haben viel in **barrierefreie Bushaltestellen** investiert und noch viele aufwändige Umbauten vor der Brust. **Unverständlich ist,** dass der notwendige Umbau in barrierefreie S-Bahnhöfe nicht zeitlich parallel vollständig durchgeführt wird. Teilweise ist der Umbau erst etliche Jahre nach dem vorgeschriebenen Umbau in barrierefreie Bushaltestellen eingeplant. Gerade die S-Bahnhöfe werden täglich von sehr vielen Fahrgästen frequentiert und barrierefreie Bushaltestellen nützen beim Umstieg zur oder von der S-Bahn wenig, wenn die S-Bahnhöfe selbst nicht barrierefrei sind.

Im Radverkehr, ist insbesondere durch Pedelecs das Potenzial v.a. im Alltagsverkehr groß und kann somit ein wichtiger Beitrag für eine nachhaltige und klimafreundliche Mobilität werden. Die 2014 beschlossene Radverkehrskonzeption enthält rund 600 Maßnahmen. Rd. 150 sind bislang umgesetzt. Auch hier müssen wir in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen vor Ort dranbleiben. Der Landkreis BB investiert mit 50%-iger LGVFG-Förderung enorm viel. Die vorgesehenen 28 Millionen Nettoressourcenbedarf halten wir daher grundsätzlich für richtig, stellen aber gleichzeitig die Frage, ob diese sehr ambitionierte Summe in diesem Zeitraum finanzier- und umsetzbar ist?

Das neue Radwegweisungs-Konzept muss nun **zeitnah** umgesetzt, sprich die Schilder montiert werden. Im UVA wurde dies ja für Frühjahr 2022 zugesagt.

Wir unterstützen die **Nachhaltigkeit auch in der Straßenunterhaltung** und die Förderung der **Biodiversität** im Straßenbegleitgrün ebenso wie die **Technologieoffenheit** bei der Beschaffung von Fahrzeugen mit neuen Technologien. Das ist jedoch nur dank hohen Förderungen möglich.

Klimaschutz

Für das nächste Jahr ist die Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes des Landkreises vorgesehen. Hierbei soll die Konzeption auf den ganzen Landkreis übertragen werden. Hier bitten wir deutlich darum, dass die Landkreisverwaltung vor der Fortschreibung der Konzeption dem zuständigen Ausschuss konkrete Informationen zur geplanten Fortschreibung übermittelt. Vor allem soll hier dargelegt werden, inwieweit die Kreiskommunen miteinbezogen werden. Vor allem aber wünschen wir uns konkrete Umsetzungsvorschläge gemacht und nicht nur die Formulierung von Programmsätzen.

Schulen

Im Bereich der Schulen halten wir es für wichtig, diese auf einem ordentlichen Niveau zu halten. Ob die derzeitigen Überlegungen zur baulichen Entwicklung des kaufmännischen Schulzentrums und der Mildred-Scheel-Schule schon der Weisheit letzter Schluss ist, können wir noch nicht bestätigen.

Angesichts der **immensen Sanierungsnotwendigkeiten**, nicht nur beim Landkreis, sondern auch in den Städten und Gemeinden, muss hier jedoch nochmals die Zeitschiene und auch die Prioritäten geprüft werden.

Denn wir sind uns sicherlich einig, dass Grund-, Gemeinschafts- und Realschulen sowie allgemeinbildende Gymnasien, die in die Trägerschaft der Kommunen liegen, in ihrer Priorität nicht weniger wichtig sind als die Kreisberufsschulen. Und hier herrscht in allen Kreiskommunen ebenfalls ein extrem großer Sanierungsstau.

Gebäudemanagement

Der Eigenbetrieb hat **gewaltige Aufgaben** vor sich. Kliniken und Schulen sind angesprochen. Weitere Einzelprojekte sind im Haushalt aufgeführt und müssen begleitet und umgesetzt werden. Die neuen Technikerstellen sind bei diesem **beträchtlichen Volumen** daher sicherlich sehr gut und sinnvoll.

Soziales

Im Bereich Soziales ist festzustellen, dass wir im Landkreis Böblingen ein **gutes Niveau** an Unterstützungs- und Präventionsmöglichkeiten im sozialen Bereich haben. Mit dem geplanten Frauen- und Kinderschutzhaus kann ein **weiterer wichtiger Teil** in unserer sozialen Infrastruktur hergestellt werden. Auf der zentralen Lage des ehemaligen Hotels Ritter in Sindelfingen werden durch den Landkreis für 13,6 Millionen Euro 66 bezahlbare Wohnungen geschaffen. Ein Angebot, das so nicht von jedem Landkreis geschaffen werden könnte und exemplarisch zeigt, welch **hohen Aufgabenerfüllungsstand** der Landkreis BB im sozialen Bereich leistet.

Dank der trotz allem ordentlichen Wirtschaftssituation und da wir eine vergleichsweise junge Bevölkerung haben, sind die sozialen Aufwendungen im Landesvergleich noch unterdurchschnittlich.

Wir sehen aber insbesondere bei den Hilfen zur Pflege und den Kosten für Eingliederung und Teilhabe, dass diese jährlich deutlich ansteigen (2021 zu 2022 um 4,9 Millionen Euro bzw. 0,7%-Kreisumlage). Bei diesen gesamtgesellschaftlichen Aufgaben, die in Folge der älter werdenden Gesellschaft und einer Ausdehnung an gesetzlichen Ansprüchen (ausgelöst durch Gesetze des Bundes) immer größer werden, sehen wir **Bund und Land in der Pflicht**, hier spürbar mitzufinanzieren. Ansonsten werden die Kommunen der notwenigen Investitionskraft **für die**

drängenden Zukunftsaufgaben Mobilität, Digitalisierung, Klimaschutz, Bildung und Betreuung sowie bezahlbarer Wohnraum beraubt.

Erfreulicherweise ist die wirtschaftliche Entwicklung am Arbeitsmarkt im Landkreis Böblingen nach wie vor gut. Die wirtschaftlichen Prognosen für das nächste Jahr sind ebenfalls ordentlich, so dass zu erwarten ist, dass die im Haushaltsplan 2022 angenommenen 6.600 Bedarfsgemeinschaften im Bereich Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II unterschritten werden könnten und somit auch die sozialen Hilfekosten geringer ausfallen als im Haushaltsplan veranschlagt.

Personal

Die Anzahl der neu zu schaffenden Stellen im Haushalt 22 ist überproportional hoch. Wir möchten ausdrücklich betonen, dass für uns der **Grundsatz** gilt, dass für die notwendigen Aufgaben auch die notwendigen personellen Ressourcen vorhanden sein müssen. Deswegen sind die über zehn Stellen im Jugendamt aus unserer Sicht auch nicht zu diskutieren, auch wenn das Imaka-Gutachten noch nicht vollständig vorliegt. Es gibt jedoch viele andere Positionen, bei denen es aus heutiger Sicht für uns schlicht nicht möglich ist, **die Notwendigkeit** zu 100% nachvollziehen zu können. Sie Herr Landrat haben selbst gesagt, dass auch Sie dies nicht bei jeder einzelnen Stelle können. Wir werden den Stellenplan dennoch mittragen, haben jedoch die **klare Erwartung**, dass im Laufe des Jahres die Konkretisierung erfolgt und im Sinne des wirtschaftlichen Handelns nach wie vor **zuerst die Aufgabenkritik und danach die Stellenbesetzung** erfolgt.

Finanzen & Kreisumlage

Wenn sogar der Landrat in seiner Haushaltsrede ausführt, dass dem Kämmerer das Jammern schwerfällt, dann ist es ja kaum zu glauben, dass nicht noch Potenzial in diesem Haushalt stecken könnte. Fakt ist, dass der Landkreis Böblingen eine **extrem hohe Aufgabenerfüllung** hat. Fakt ist auch, dass er diese in einer **sehr hohen Qualität** erledigt. Und ein weiterer Fakt ist, dass der Landkreis 2022 die **höchste Steuerkraftsumme** zur Verfügung hat, die er jemals hatte. Auch wenn der Kreisumlagehebesatz gleichbleiben sollte, kann der Landkreis über rund 26 Millionen Euro **mehr** Kreisumlage verfügen.

Die November-Steuerschätzung bringt weitere positive Effekte. Wir wissen, dass Sie im Bereich Soziales ca. 4 Millionen Euro an Risiken beschreiben, ebenso im Bereich des Klinikverbundes. Jedoch beschreiben Sie genauso Chancen, die ebenfalls so wahrscheinlich eintreten könnten. Auch ist aus heutiger Sicht nicht vorauszusehen, dass die Grunderwerbsteuer nicht auch entsprechend der Vorjahre ausfallen sollte. All dies führt für uns zu dem Ergebnis, dass eine Senkung der Kreisumlage sehr wohl möglich ist. Und bitte tun wir das nicht mit dem einfachen Satz ab, auf die Investitionen zu schauen, die vor uns stehen. Denn dies gilt für die nachgeordneten kommunalen Träger in gleichem Maße.

Vielmehr möchten wir den Blick darauf lenken, dass sich in den vergangenen Jahren die Haushaltslage im Kreis aus verschiedenen Gründen stets extrem positiv entwickelte, sodass die Städte und Gemeinden im Grunde immer mehr Kreisumlage aufgewendet haben, als dies für das zu erwartende Ergebnis notwendig gewesen wäre. Und genau diese Überschüsse sollten, so zitiere ich auch Sie Herr Landrat, zumindest teilweise an die Kommunen wieder zurückgegeben werden. Allein im vergangenen Jahr zum Beispiel war dies eine Verbesserung von 23 Millionen Euro!

Im Dezember 2018 haben die Freien Wähler einen Antrag gestellt, wie mit Uberschüssen verfahren werden soll. Diesem Antrag wurde im VFA einstimmig zugestimmt und dies dann auch so in der Haushaltsbeschlussfassung übernommen. Dort wurde festgelegt, dass über die Verwendung von Überschüssen beginnend mit dem Jahr 2018 jeweils ein gesonderter Beschluss im zuständigen Ausschuss herbeigeführt werden soll.

Was die extrem besseren Jahresabschlüsse anbelangt sehen wir genau hier eine Möglichkeit, den Städten und Gemeinden anteilig wieder etwas von dem guten Ergebnis zurück zu geben und die Kreisumlage daher auf 29,0 Prozentpunkte zu senken.

Ihren Weg beim Finanzmanagement "Geringe Tilgungsleistungen durch Anpassung an die Lebensdauer" halten wir für richtig. Ebenso das Vorgehen, die aktuell noch vorhandene Niedrigzinsphase für langfristige Darlehen und somit Investitionen zu nutzen. Ein Fragezeichen machen wir jedoch bei Ihrem Ansatz, die Eigenmittel zu erhöhen. Ob das, anders als bei wirtschaftlich tätigen Unternehmen oder der Sparkasse, bei einem Landkreis als Umlagefinanzierer der richtige Weg ist, wagen wir zu bezweifeln.

Dank an

- Landrat Roland Bernhard
- Kreiskämmerer und Mitarbeiter
- Die Kolleginnen und Kollegen im Kreistag

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landrat,

Sie schließen Ihre Haushaltsrede mit den vier "W's - Wandel, Wende, Werte, Weiter so." Wir sehen den Haushalt und den Landkreis auf einem guten Weg, möchten Ihren "W's" aber von unserer Seite **noch folgende 2 "W's"** hinzufügen:

- Weitsichtige und konstruktive Beratungen des kommenden Kreishaushalts
- Weise Entscheidungen, insbesondere bei der Unterstützung und Entlastung der Kreiskommunen.